



In Ägypten fürchten viele Menschen, dass die Subventionen für Brot abgeschafft werden

Zu lange ignoriert

Um noch mehr Flüchtlinge zu vermeiden, muss die EU die Staaten in Nordafrika stützen – durch eine andere Handelspolitik **VON SUSANNE KAISER**

ANALYSE In Europas Gedächtnis sind Flüchtlingskrisen etwas flüchtig: Plötzlich sind sie da, wie jetzt im deutschen Wahlkampf. Und genauso schnell sind sie wieder weg, wie damals, nach dem Flüchtlingsdeal mit der Türkei. Im zentralen Mittelmeer, zwischen Nordafrika und Italien, sind sie eine Dauerkatastrophe. Jedes Jahr wird dort ein neuer dramatischer Rekord vermeldet. 2015 zählte die Internationale Organisation für Migration 150.000 Bootsflüchtlinge. Am Ende dieses Jahres wird sich die Zahl wohl verdoppelt haben, schätzt die EU-Grenzschutzagentur Frontex. So viele Flüchtlinge wie nie zuvor würden sich dann nach Nordafrika durchschlagen und dort in ein Boot nach Europa steigen. So viele wie nie zuvor würden ertrinken.

Das sind die Prognosen, wenn alles so bleibt, wie es ist. Tatsächlich könnten es noch viel mehr Menschen werden. Dann nämlich, wenn die Länder Nordafrikas keine Transitstaaten für Flüchtlinge bleiben, sondern selbst zu Staaten werden, aus denen massenweise Menschen fliehen. Das Szenario ist gar nicht so unwahrscheinlich. Europa aber ist darauf kaum vorbereitet.

Mit Ausnahme von Libyen, jenem zerfallenen Staat, von dem aus die meisten Flüchtlinge ablegen, galt Nordafrika bislang als die letzte einigermaßen stabile Region des Nahen Ostens. Doch selbst in der Vorzeigedemokratie Tunesien sind die Zeichen der politischen und wirtschaftlichen Erosion unübersehbar. Wirtschaftskrisen und der Klimawandel setzen Nordafrika zu, von Ägypten bis Marokko. Die Bevölkerung wächst schnell, und mit ihr die Nachfrage nach Nahrung, Wasser und Energie. Gleichzeitig zählt die Gegend zu den trockensten der Welt. Wasser wird knapper, die Dürren häufen sich. In den Staaten Nordafrikas liegt der Altersdurchschnitt bei rund

Ein Drittel der Menschen in Ägypten lebt von weniger als 80 Cent pro Tag

25 Jahren. Die Regierung in Kairo beispielsweise muss heute die Versorgung doppelt so vieler Ägypter sicherstellen wie noch vor dreißig Jahren.

Die Verteilungskämpfe haben längst begonnen. Im Frühjahr gab es in Kairo und anderen Städten am Nil heftige Unruhen, weil die Subventionen für Brot gestrichen werden sollten. Verschärft werden solche Krisen durch die autoritäre Führung von Staatspräsident Abdel Fattah el-Sissi. Unter ihr leidet nicht nur das ägyptische Volk, sondern auch die ägyptische Volkswirtschaft. Die Preise explodieren, Lebensmittel, Benzin, Strom, das alles ist heute doppelt so teuer wie noch vor einem Jahr. Wegen der hohen Inflationsrate von mehr als dreißig Prozent hat die Regierung die Subventionen für Öl und Strom gestrichen. Die Importation Ägypten muss sparen, auch weil die Bevölkerung explodiert. Zwar wuchs die Wirtschaft zuletzt um vier Prozent, mit dem Bevölkerungswachstum kann sie jedoch kaum mithalten. Offiziell sind schon jetzt rund 30 Prozent der jungen Ägypter arbeitslos, viele Ökonomen schätzen aber, dass die Zahl noch viel höher liegt.

Während die Bevölkerung nicht über die Runden kommt, verzettelt sich der Präsident mit Prestigeprojekten, für die eigentlich das Geld fehlt: Er lässt den Suezkanal ausbauen, die Hauptstadt verlegen und ein Atomkraftwerk bauen. Brot können sich die Ägypter davon nicht kaufen. Und keiner weiß, ob sich für die Fertigstellung der Bauten überhaupt genug Investoren finden.

Schon vor dem Sparprogramm gab es in Ägypten Unruhen. Die nächsten Aufstände könnten

regelrechte Hungerrevolten werden: In Ägypten, mit fast 100 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land der arabischen Welt, haben ein Drittel der Menschen weniger als 80 Cent pro Tag zum Leben. Wenn sich nur ein Bruchteil von ihnen auf den Weg nach Europa macht, um dort ein besseres Leben zu suchen, hat die EU ein Problem.

Das bekommt sie auch, wenn Ägyptens Nachbarstaat Libyen noch weiter im Chaos versinkt. Ohne ein stabiles Libyen wird es kein stabiles Nordafrika geben. Das Land hat zwar nur sechs Millionen Einwohner, war aber durch seine starke Ölindustrie ein wichtiger Arbeitgeber für die Nachbarstaaten. Doch der Bürgerkrieg weitet sich immer mehr zu einem Stellvertreterkrieg aus. Die drei großen Fraktionen, die gegeneinander kämpfen, werden unter anderem von Ägypten, Katar und der Türkei unterstützt. Etwa eine halbe Million Libyer sind im eigenen Land vor der Gewalt auf der Flucht, die Wirtschaft ist zum großen Teil kollabiert. Eine Liquiditätskrise und zwei rivalisierende Bankensysteme verhindern, dass die Bürger Bargeld abheben können oder Löhne ausgezahlt bekommen. Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei fast 50 Prozent.

Für Nordafrika hängt viel davon ab, ob sich der Krieg über Libyens Grenzen hinaus ausweitet. Wichtig ist dabei nicht nur die Frage, ob es den Nachbarstaaten gelingt, die Grenzen dicht zu halten; in Tunesien etwa helfen deutsche Grenzsicherer, das kleine Land gegen Terroristen und Schmuggler aus Libyen abzusichern. Entscheidend ist noch etwas anderes: Das Gefälle zwischen den eher prosperierenden Küstenregionen und

den wirtschaftlich schwachen Gegenden im Inneren der nordafrikanischen Staaten. In Tunesien etwa konzentrieren sich drei Viertel der Wirtschaftskraft an der Küste. Ähnlich sieht es in Algerien und Marokko aus. In allen drei Staaten sind riesige Landstriche sich selbst überlassen, die Regierung ist dort kaum präsent. Immer wieder kommt es dort zu Unruhen und Protesten, zuletzt im tunesischen Tataouine und in einigen Orten im marokkanischen Rifgebirge.

Bislang tut die EU wenig, um die fragile Region zu stützen. Das könnte sie zum Beispiel, indem sie Handelsabkommen mit nordafrikanischen Ländern schließt, die nicht nur der EU nutzen. Während europäische Konzerne freien Zugang zu den Märkten Marokkos, Tunesiens oder Algeriens genießen, müssen diese Länder Einfuhrzölle zahlen und Kontingente einhalten, wenn sie etwa ihr Olivenöl in die EU exportieren wollen. Stützen könnte die EU die nordafrikanischen Staaten auch, indem sie sich nicht von Autokraten wie Sisi erpressen lässt. Zwar hat der ägyptische Präsident ein wirksames Druckmittel in der Hand: fünf Millionen Flüchtlinge aus Syrien, Sudan oder Äthiopien, die sich in seinem Land aufhalten und womöglich auf die Überfahrt nach Europa warten. Andererseits dürften die sich erst recht auf den Weg machen, wenn die ägyptische Bevölkerung gegen die Unterdrückung rebelliert und es zu anhaltenden Unruhen kommt.

Die EU könnte ihre Handelspolitik mit Ägypten also an klare Bedingungen knüpfen. An mehr Rechte für die Zivilbevölkerung zum Beispiel. Vernachlässigt Europa die Region, könnte sich wiederholen, was 2011 auf der italienischen Insel Lampedusa geschah: Damals waren zeitweise mehr Flüchtlinge auf der Insel als Einheimische. Sie stammten aus Nordafrika.

Halbherziger Finanzminister

Die Regierung wollte die Cum-Cum-Steuertrickser verschonen. Nun kommt es anders. Eine Kehrtwende? Nicht so richtig **VON FELIX ROHRBECK**

KOMMENTAR Im Frühjahr 2016 gab Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble die Linie vor: Es ging um Geschäfte, mit denen sich Aktionäre eine Steuererstattung ertrickten, die ihnen eigentlich nicht zustand, sogenannte Cum-Cum-Geschäfte. Die seien zwar »illegitim, aber nicht illegal« gewesen, so eine Sprecherin des Ministers. Sollte heißen: Die beteiligten Banken und Investoren hatten den Staat zwar um Milliarden erleichtert. Strafen oder Rückzahlungen aber brauchten sie nicht zu befürchten.

Im November 2016 veröffentlichte das Bundesfinanzministerium dann ein Schreiben, in dem es die Finanzbehörden der Länder anwies, Cum-Cum-Geschäfte als unproblematisch zu behandeln, wenn diese eine »positive Vorsteuerrendite« aufwiesen. Da dies praktisch bei allen Cum-Cum-Geschäften der Fall ist, bedeutete das Schreiben: Verschont die Drahtzieher der Cum-Cum-Geschäfte.

Und nun das: ein neues Ministeriumsschreiben aus dem Juli 2017, das völlig anders klingt. Die Finanzbehörden der Länder werden angehalten, Cum-Cum-Fälle auf »Gestaltungsmisbrauch« zu prüfen. Dieser sei anzunehmen, »wenn ein wirtschaftlich vernünftiger Grund für das Rechtsgeschäft fehlt«, wenn es also nur um Steuertricksereien ging. Vor allem für die beteiligten Banken, darunter die Deutsche Bank und die Commerzbank, aber wohl auch Landesbanken und Sparkassen, könnte das teuer werden. Der Vorstandssprecher des Instituts der Wirtschaftsprüfer spricht von einer »Kehrtwende«. Und die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hat einen Fragebogen an alle 1600 Kreditinstitute in Deutschland verschickt, weil sie wissen will, welche Rückforderungen auf diese nun zukommen könnten – und ob einigen Banken dadurch vielleicht sogar die Pleite drohte.

Was ist da los? Hat das Finanzministerium seine Haltung zu Cum-Cum-Geschäften plötzlich geändert? Beginnt jetzt die schonungslose Aufarbeitung?

Das ist unwahrscheinlich. Denn entstanden ist das neue Schreiben nur unter hohem Druck von außen. Außerdem bietet es noch Schlupflöcher.

Die Vorgeschichte hat viel mit einem Mann zu tun, der bis vor Kurzem Finanzminister in Nordrhein-Westfalen war und dort immer wieder mit dem umstrittenen Ankauf von CDs mit den Daten mutmaßlicher Steuerhinterzieher für Schlagzeilen sorgte: Norbert Walter-

Borjans. Er war oft ein einsamer Kämpfer für mehr Steuergerechtigkeit. Durch die Abwahl der rot-grünen Regierung unter Hannelore Kraft ist er seit Juni zwar kein Minister mehr. Ohne ihn aber würde es das neue Schreiben des Finanzministeriums wohl nicht geben. Man kann es auch als seinen Abschiedsgruß an Wolfgang Schäuble interpretieren.

Im Kern geht es um die Frage, ob Cum-Cum-Geschäfte eine politische und juristische Aufarbeitung verdienen – oder ob der Staat sie ein-

noch möglich, und es gibt bislang auch keine juristischen Verfahren gegen die Drahtzieher.

Noch immer gilt Cum-Cum deshalb als harmloser Bruder von Cum-Ex. Zu Unrecht. Der Bundesfinanzhof hat Cum-Cum schon 2015 als unzulässig kritisiert. Zudem liegt der Schaden für den Steuerzahler wahrscheinlich noch deutlich höher als bei Cum-Ex.

Gegen das erste Schreiben des Finanzministeriums aus dem November legte Norbert Walter-Borjans sein Veto ein – vergeblich. Das Finanzministerium stellte das Schreiben einfach ins Netz und schuf damit Fakten. Walter-Borjans warf dem Bundesministerium daraufhin »Kumpanei« mit den Banken vor. Dabei blieb es nicht. Der Minister überzeugte etliche seiner Finanzminister-Kollegen aus den Ländern bei einem Kamingsgespräch im Dezember, das Schreiben, das er als »Freibrief« für die Banken empfand, nicht einfach hinzunehmen. Die Finanzministerkonferenz der Länder forderte das Bundesfinanzministerium daraufhin mit einer Mehrheit von zehn zu fünf Ministerstimmen auf, das ursprüngliche Schreiben zu überarbeiten und zu ergänzen.

Herausgekommen ist nach langen Verhandlungen das neue Schreiben des Finanzministeriums vom Juli. Schäuble und seine Beamten haben ihre Meinung zu Cum-Cum also nicht aus Überzeugung geändert. Sie wurden gedrängt.

Ob die Banken nun tatsächlich zur Kasse gebeten werden, ist schwierig zu sagen. Zum einen ist unklar, in welchem Zusammenhang das neue Schreiben aus dem Juli zum alten aus dem November steht. Gilt die alte Regel noch, dass Cum-Cum-Geschäfte nicht aufzugreifen sind, wenn diese eine positive Vorsteuerrendite aufweisen? So genau scheint das gerade niemand zu wissen. Zum anderen müssen die Finanzbehörden nun prüfen, ob wirklich ein Gestaltungsmissbrauch vorliegt, die Transaktionen also allein steuerlichen Zielen dienen. Das kann im Einzelfall schwierig sein. Auch bleibt den Ländern bei der Umsetzung des Schreibens ein Ermessensspielraum. Gerade Länder wie Hessen, die gut von und mit ihren Banken leben, werden sich zweimal überlegen, wie rigide sie das neue Schreiben umsetzen.

So bleibt der Eindruck, dass der Staat den Kampf um die Steuergelder seiner Bürger nur halbherzig führt – und nur dann, wenn Quälgeister wie Norbert Walter-Borjans nicht lockerlassen.

Es bleibt der Eindruck, dass Finanzminister Wolfgang Schäuble den Kampf ums Steuergeld seiner Bürger nur halbherzig führt

fach hinnimmt, weil sie etwas weniger schlimm waren als die mit ihnen verwandten Cum-Ex-Geschäfte und weil Rückzahlungen die Banken in Probleme bringen könnten.

Schon in den 1990er Jahren haben Banken nämlich damit begonnen, ausländischen Aktionären eine Steuerrückstattung zu ertricksen, die eigentlich nur deutschen Aktionären zusteht (Cum-Cum). Später wurden diese Geschäfte so modifiziert, dass die Steuer sogar doppelt zurückertattet wurde, obwohl sie nur einmal gezahlt wurde (Cum-Ex). Beide Arten von Geschäften schädigen den Steuerzahler, werden vom Gesetzgeber heute aber unterschiedlich behandelt. Während Cum-Ex 2012 unterbunden wurde und heute gleich mehrere Staatsanwaltschaften gegen die beteiligten Banker und Händler ermitteln, waren Cum-Cum Geschäfte auch 2016

ANZEIGE

KYOCERA WORKFLOW MANAGER
NUTZEN SIE DAS GANZE
POTENZIAL IHRER DOKUMENTE



MAKING WORKFLOW



Der KYOCERA Workflow Manager optimiert Ihren Dokumenten-Workflow zu Geschäftsprozessen mit klaren Abläufen. So nutzen Sie das gesamte Potenzial Ihrer Dokumente und der Workflow – von Auftragsfassung bis zur Rechnungsstellung – wird zu einem echten Ertragsfaktor für Ihr Unternehmen.

KYOCERA Document Solutions Deutschland GmbH
Infoline 0800 187 187 7 – www.kyoceradocumentsolutions.de
KYOCERA Document Solutions Inc. – www.kyoceradocumentsolutions.com



KYOCERA
Document Solutions